

Neues Übergangssystem Schule-Beruf in Nordrhein-Westfalen - Chancen und Herausforderungen

Dr. Jens Stuhldreier

Nordrhein-Westfalen wird als erstes Flächenland ab dem Schuljahr 2012/13 einen landesweiten und systematischen Übergang von der Schule in die Ausbildung einführen. Darauf haben sich die Partner im Ausbildungskonsens NRW im Jahr 2011 geeinigt. Das Umsetzungskonzept zu diesem Beschluss wurde in vier Arbeitsgruppen des AK Ausbildungskonsens erarbeitet. Mit dem neuen Übergangssystem Schule – Beruf in NRW sollen die Jugendlichen frühzeitig bei der Berufsorientierung, der Berufswahl und beim Eintritt in eine Ausbildung unterstützt werden. Ziel ist es, den Jugendlichen nach der Schule möglichst rasch eine Anschlussperspektive für die Berufsausbildung oder das Studium zu eröffnen und durch ein effektives, kommunal koordiniertes Gesamtsystem unnötige Warteschleifen zu vermeiden. Im nachfolgenden Artikel wird in einem ersten Schritt zunächst die Ausgangssituation im Bereich des Übergangs Schule – Beruf skizziert. Daran anschließend werden in einem zweiten Schritt die grundsätzlichen Eckpunkte des neuen Übergangssystems in Nordrhein-Westfalen entfaltet, bevor in einem dritten Schritt die Chancen und die Herausforderungen der neu konzipierten Übergangsarchitektur benannt werden.

1 Ausgangssituation

Der demografisch bedingte Rückgang bei den Schulabgängern hat derzeit zu einer Entlastung am Ausbildungsstellenmarkt geführt. Einige Stimmen sprechen hier schon von einem Paradigmenwechsel im Ausbildungsmarkt. Dennoch münden immer noch erhebliche Anteile unter den ausbildungsinteressierten Jugendlichen nicht direkt in eine Berufsausbildung ein. Stattdessen absolvieren sie oft teilqualifizierende Maßnahmen und Bildungsgänge im so genannten „Übergangssystem“. Dessen Sinnhaftigkeit wird in der bildungspolitischen und wissenschaftlichen Diskussion oft angezweifelt.

Die Passierschienen und die damit verbundenen Übergangsprozesse von den allgemeinbildenden Schulen in duale oder schulische Berufsausbildungen unterhalb der Hochschulebene haben sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten verändert. Die traditionelle Stärke des Dualen Systems, ein breites Spektrum verschiedener Ausbildungsberufe anzubieten, das den unterschiedlichen Begabungsniveaus der Schulabgänger gerecht wird und auch Kinder aus bildungsferneren Familien beruflich und sozial integriert, hat durch verschärfte Selektionsprozesse in der Übergangszone von der Schule in den Beruf an Kraft verloren (vgl. DOBISCHAT/KÜHNLEIN 2009, S. 4).

Insbesondere die Etablierung und starke Ausweitung des so genannten „Übergangssystems“ verstärkt zum Teil diese Selektions-

prozesse. Geprägt wurde der Begriff „Übergangssystem“ vor allem durch den ersten nationalen Bildungsbericht aus dem Jahr 2006. Das Konsortium Bildungsberichterstattung hat im Nationalen Bildungsbericht 2006 zur Erhöhung der Transparenz beruflicher Ausbildungsstrukturen den Orientierungsrahmen einer Dreigliederung der Berufsbildung unterhalb der Hochschulebene vorgestellt. In dieser Aufstellung wird erstmalig auch das so genannte „Berufliche Übergangssystem“ – neben dem Dualen System und dem Schulberufssystem – als eigenständiges Segment des Berufsbildungssystems eingeführt; dazu zählen verschiedenste berufsorientierende und berufsvorbereitende Bildungsgänge, deren Gemeinsamkeit darin besteht, dass sie zu keinem anerkannten (Ausbildungs-)Beruf führen. Korrespondierend zum Bedeutungsverlust der Ausbildung im Dualen System ist das Berufliche Übergangssystem in den vergangenen Jahren explosionsartig gewachsen: Die Anzahl der Neueintritte in das Berufliche Übergangssystem ist mittlerweile beinahe so hoch wie die Anzahl der Neueintritte in eine duale Berufsausbildung. Der quantitative Ausbau in diesem „Übergangssystem“ ist damit faktisch zum Ausdehnungsraum für den Nachfrageüberhang nach betrieblichen Ausbildungsplätzen geworden. Diese Entwicklung, so scheint es, kann nicht mehr als eine nur temporäre, mit Krisenmanagement abzufedernde Übergangsphase angesehen werden. Man wird wohl eher von einer relativ dauerhaften neuen Normalität ausgehen müssen (DOBISCHAT/KÜHNLEIN 2009, S. 4 ff.).

Unter „Übergangssystem“ werden alle beruflichen Ausbildungsangebote zusammengefasst, „die unterhalb einer qualifizierten Berufsausbildung liegen bzw. zu keinem anerkannten Ausbildungsabschluss führen, sondern auf eine Verbesserung der individuellen Kompetenzen von Jugendlichen zur Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung zielen und zum Teil das Nachholen eines allgemein bildenden Schulabschlusses ermöglichen“ (KONSORTIUM BILDUNGSBERICHT-ERSTATTUNG 2006, S. 79). Hierunter fallen Maßnahmen und Bildungsgänge, die sich hinsichtlich ihrer Inhalte, Dauer und institutionellen Verankerung stark voneinander unterscheiden. Zu den am stärksten besetzten Angeboten im Übergangssystem zählen:

- die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BvB),
- die Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahre (BVJ/BGJ) der Bundesländer sowie deren teilqualifizierende Bildungsgänge an Berufsfachschulen (z. B. Handelsschulen) und Angebote für Schüler ohne Ausbildungsvertrag und
- die im Rahmen des Ausbildungspaktes eingeführten betrieblichen Einstiegsqualifizierungen für Jugendliche (EQ) (vgl. zur Entstehungsgeschichte und den Zielsetzungen zentraler Angebote im Übergangssystem BEICHT 2009, S. 2).

Bei der Diskussion um und über das Übergangssystem wird als Ausgangspunkt häufig ein negatives Bild gezeichnet. Erstens sei schon der Begriff „Übergangssystem“ irreführend. Er impliziere, dass hier ein bewusst und sinnvoll strukturiertes Gefüge von Bildungsangeboten vorliege. Stattdessen sei das Übergangssystem aber eher ein wuchernder „Maßnahmendschungel“, den niemand überblicke und in dem eine Vielzahl von Akteuren – allgemeinbildende und berufsbildende Schulen, Schulverwaltungen, Arbeitsagenturen, Träger der Grundsicherung, Jugendämter, kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungsförderungen, Wirtschaftsverbände, Kammern, Einzelbetriebe, Gewerkschaften, Stiftungen – häufig unkoordiniert tätig sei. Zweitens würden die Maßnahmen und Bildungsgänge oftmals nicht dem im nationalen Bildungsbericht formulierten Anspruch – die Verbesserung der Übergangschancen der

Teilnehmer – gerecht. Stattdessen durchläufen die Jugendlichen demotivierende Warteschleifen und Maßnahmenkarrieren, wodurch Ressourcen innerhalb des Bildungssystems verschwendet würden.

Doch nicht nur der Ausbildungsplatzmangel wird als Ursache für den Zuwachs des Übergangssystems angeführt. Unter dem Stichwort „mangelnde Ausbildungsreife“ wird zudem diskutiert, ob das häufigere Misslingen sofortiger Übergänge in eine Berufsausbildung nicht auch ein Indiz dafür sei, dass die heutigen Schulabsolventen den qualitativen Ausbildungsanforderungen der Betriebe immer weniger gerecht würden. Eine empirische Überprüfung dieser Vermutung gestaltet sich schwierig, da die Definition des komplexen Konstrukts „Ausbildungsreife“ analytische und normative Probleme aufwirft und – sollte dennoch eine konsensfähige Definition gefunden werden – entsprechende Daten nur über aufwändige Tests mit Ausbildungsinteressierten gewonnen werden könnten (vgl. auch EBERHARD 2006).

Angeichts dieser Entwicklungen könnte die These vertreten werden, dass die Betriebe zukünftig gezwungen sein werden, zur Deckung ihres Fachkräftebedarfs auch verstärkt schwächere Schulabgänger aufzunehmen. Mangels Nachfrage werde das Übergangssystem dann nicht mehr erforderlich sein. Doch auch wenn in Zukunft bei einer bundesweiten Betrachtung das Ausbildungsplatzangebot die Nachfrage deutlich übersteigen sollte, ist es äußerst unwahrscheinlich, dass dies auch in jeder einzelnen Region der Fall sein wird. Denn auch schon heute variiert die Versorgungslage auf dem Ausbildungsstellenmarkt z. B. auf der Ebene der Arbeitsagenturbezirke erheblich (vgl. TROLTSCH 2010). Zudem erscheint es unrealistisch, dass die Betriebe ihre Anforderungen soweit absenken, dass sie allen Schulabgängern unabhängig von ihrer Vorbildung und Motivationslage Ausbildungsplätze anbieten werden (vgl. auch BERTELSMANN STIFTUNG 2010a).

Es sind in den vergangenen Jahren viele Programme und Initiativen zur Verbesserung der Übergangsprozesse von der Schule in die Arbeitswelt entstanden. Die Initiativen und Programme werden vor allem von öffentlichen Akteuren (Bundesministerien, Länderminis-

terien, BA, Landkreise, Kommunen) finanziert und koordiniert, wobei verschiedentlich auch der Europäische Sozialfonds (ESF) und Stiftungen beteiligt sind. Das übergeordnete Ziel „Verbesserung der Übergangsprozesse von der Schule in die Arbeitswelt“ wird teilweise sehr umfassend angestrebt, teilweise aber auch auf kleinere Teilziele herunter gebrochen. Die vielfältigen Mittel, die zur Erreichung der Ziele vorgeschlagen oder bereits erprobt werden, lassen sich grob den folgenden fünf Handlungsfeldern zuordnen, wobei die Programme und Initiativen sich häufig auf mehrere der Felder beziehen: Schon die hier nur grob vorgenommene Skizzierung ausgewählter Programme und Initiativen zur Verbesserung der Übergangsprozesse von der Schule in die Arbeitswelt verdeutlicht die Vielfalt und Komplexität der Instrumente, die die unterschiedlichen Akteure als Lösungen für die Übergangsproblematik vorschlagen und erproben (vgl. nachfolgend AUTORENGRUPPE BIBB/BERTELSMANN STIFTUNG 2011):

■ **Vorbereitung und Begleitung des Übergangs in die Berufsausbildung:**

Viele der Programme und Initiativen wollen die Übergangsprozesse verbessern, indem die Schüler bereits in den allgemeinbildenden Schulen intensiver auf ihren weiteren Bildungs- und Berufsweg vorbereitet werden. Durch gezielte Berufsorientierung (z. B. durch Potenzialanalysen und betreute und nachbereitete Berufspraktika) und individuelle Berufswegeplanung sollen die Jugendlichen ein Bewusstsein für ihre Interessen, Stärken und Möglichkeiten gewinnen und in die Lage versetzt werden, den für sie passenden Bildungs- und Berufsweg einzuschlagen. Leistungsschwächere Jugendliche sollen durch pädagogisch qualifizierte Berufseinstiegsbegleiter bei ihrem Berufsfindungsprozess bis in die Berufsausbildung hinein kontinuierlich begleitet werden. Solche Berufseinstiegsbegleiter werden seit 2009 durch die BA finanziert (nach SGB III, § 421s). Zusätzliche Berufseinstiegsbegleiter werden seit Ende 2010 über die Bildungsketten-Initiative des BMBF gefördert (vgl. BMBF 2010a), wobei auch hier die BA für die Durchführung verantwortlich ist (vgl. BUNDESREGIERUNG/BA 2010). Zur Bildungsketten-Initiative des BMBF gehört auch das durch das BIBB durchgeführte Programm „Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungs-

stätten“, in dessen Rahmen Maßnahmen der Berufsorientierung in Berufsbildungsstätten und vorgelagerte Potenzialanalysen gefördert werden (vgl. BMBF 2010b).

■ **Koordination und Monitoring des Übergangsgeschehens:**

In fast jeder der aufgeführten Aktivitäten wird bemängelt, dass zwar viele Akteure im Übergangsgeschehen tätig, deren Kooperation jedoch ungenügend sei. Abhilfe soll eine Vernetzung der Akteure auf regionaler Ebene schaffen, wie sie insbesondere mit der BMBF-Förderinitiative „Regionales Übergangsmanagement“ angestrebt wird: „Mit einer Koordinierungsstelle ‚Regionales Übergangsmanagement‘ soll auf der Ebene der kommunalen Verwaltungen eine Einrichtung etabliert werden, die alle regionalen Akteure an einen Tisch bringt. In enger Zusammenarbeit mit den Schulen sollen der tatsächliche Bedarf an Hilfsangeboten ermittelt und Qualität und Quantität der vorhandenen Angebote definiert werden. Lücken im Angebot müssen erkannt und durch die Bereitstellung oder Akquise von Mitteln geschlossen werden. Auf dieser Basis kann jeder Akteur die erforderlichen Angebote gezielt und effektiv unterbreiten sowie den Einsatz der eigenen Ressourcen planen und optimieren“ (PT-DLR 2008, S. 4). Unter dem Begriff der „Kommunalen Koordinierung“ fordert auch die Arbeitsgemeinschaft „Weinheimer Initiative“ – ein Zusammenschluss von Städten, Landkreisen und Berufsbildungsfachleuten – eine stärkere Abstimmung des Übergangsgeschehens in kommunaler Verantwortung. Hierbei wird betont, dass sich die Bemühungen auf alle Jugendlichen richten sollen und nicht nur auf solche mit schwierigen Startbedingungen (vgl. ARBEITSGEMEINSCHAFT WEINHEIMER INITIATIVE 2007).

■ **Regelung des Zugangs in vollqualifizierende Berufsausbildungen:**

Wenn der Übergang in eine betriebliche Ausbildung trotz Ausbildungsreife und mehrfacher Bewerbungs- und Vermittlungsversuche nicht gelingt, sollen Jugendliche nicht in Warteschleifen geleitet werden, sondern möglichst schnell mit vollqualifizierenden Berufsausbildungen nach BBiG/HwO oder Landesrecht beginnen, die ersatzweise außerbetrieblich oder schulisch durchgeführt werden. Dieser Ansatz zur Verbesserung des Übergangssystems wird im so genannten „Hamburger Ausbildungsmodell“ genutzt (vgl. BEHÖRDE

FÜR SCHULE UND BERUFSBILDUNG, HAMBURG 2009). Aufgegriffen wird diese Forderung nach klaren Regeln für die Einmündung in subsidiäre Berufsausbildung auch in den Eckpunkten der Initiative „Übergänge mit System“ der Bertelsmann Stiftung (vgl. BERTELSMANN STIFTUNG 2010b).

■ **Veränderung der Angebote des Übergangssystems:**

Verschiedene Programme und Initiativen zielen darauf ab, Bildungsangebote im heutigen Übergangssystem so weiterzuentwickeln, dass sie die Jugendlichen schneller und effektiver an eine vollqualifizierende Berufsausbildung heranführen. Hierunter fällt z. B. das Pilotprojekt „3. Weg in die Berufsausbildung“ des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAIS), für das 13 nach BBiG/HwO anerkannte Ausbildungsberufe in Ausbildungsbausteine zerlegt wurden. Diese können teilweise oder – sofern ein Übergang in eine betriebliche Ausbildung möglichst mit Anrechnung der bisher absolvierten Bausteine nicht gelingt – vollständig bei beruflichen Bildungsträgern erlernt werden. Durch die Teilnahme an der Zwischen- und Abschlussprüfung der zuständigen Stelle kann ein vollwertiger Ausbildungsabschluss erlangt werden. „Das Pilotprojekt führt damit Berufsvorbereitung und Berufsausbildung in einem Angebot zusammen und schafft somit eine innovative, bislang nicht erprobte Lernform der beruflichen Qualifizierung“ (BECKER et al. 2010, S. 2).

■ **Unterstützung der Betriebe bei der Ausbildung:**

Im letzten Handlungsfeld werden durch die Programme und Initiativen Maßnahmen vorgeschlagen und erprobt, durch die die Ausbildungsbereitschaft von Betrieben erhalten und gefördert werden soll. So werden im Ausbildungsstrukturprogramm „JOBSTARTER“ des BMBF regionale Projekte gefördert, die z. B. Ausbildungsverbünde anregen und begleiten. „JOBSTARTER-Teams können [aber auch] von Unternehmen als ‚externes Ausbildungsmanagement‘ genutzt werden.

der Verbesserung der Ausbildungssituation zusammenarbeiten, wird bereits seit geraumer Zeit über die Implementierung eines nachhaltigen und systematischen Übergangssystems Schule-Beruf auf der kommunalen Ebene diskutiert. Die Landesregierung strebt an, in allen kreisfreien Städten und Kreisen die Strukturen für ein funktionierendes Übergangssystem unter kommunaler Regie zu schaffen und landesseitig mit personellen und finanziellen Ressourcen zu fördern. Im Spitzengespräch Ausbildungskonsens am 18.11.2011 ist ein einvernehmlicher Beschluss mit einem Umsetzungskonzept zu dem geplanten Übergangssystem Schule-Beruf beschlossen worden.

Sehr konkret festgelegt ist die Vorgehensweise schon in den Handlungsfeldern Berufs- und Studienorientierung und im zu systematisierenden Übergang von der Schule in die Ausbildung. Die Berufs- und Studienorientierung ist als Aufgabe aller allgemeinbildenden Schulen definiert, und zwar als Querschnittsaufgabe: alle Fächer müssen einen Beitrag dazu leisten. Es werden außerdem für alle Schülerinnen und Schüler verbindliche Standardelemente und Phasen der Orientierung festgelegt. Schülergruppen mit spezifischem Bedarf erhalten zusätzliche Angebote. In der Jahrgangsstufe 8 ab dem Schuljahr 2012/2013 wird mit einer Potenzial-Analyse und der Erkundung von Berufsfeldern gestartet. Ab der Jahrgangsstufe 9 stehen Praxisphasen und die Erweiterung und Vertiefung der Praxiserfahrungen im Mittelpunkt des Orientierungskonzepts. Schwerpunkt sind dabei die dreiwöchigen Betriebspraktika. Die Schülerinnen und Schüler der Klassen 9 und 10 sollen schließlich dabei unterstützt werden, sich zu bewerben bzw. ihre Schwerpunkte für die Sekundarstufe II oder das Berufskolleg festzulegen oder aber zielgerichtet Studienwege zu erkunden.

Die Anschlüsse an die allgemeinbildenden Schulen liegen den Entwicklern des Gesamtkonzepts am Herzen: Alle Schülerinnen und Schüler sollen in Verbindung mit ihrem Schulabschluss eine realistische Anschlussperspektive entwickeln, um sich möglichst gezielt eine eigenverantwortliche und selbstbestimmte berufliche Existenz aufbauen zu können. Diese Perspektive wird in Form von Anschlussvereinbarungen fixiert, für die standardisierte Muster-Formulare erarbeitet werden.

2 Eckpunkte des neuen Übergangssystems in NRW

Im Rahmen des Ausbildungskonsens' NRW, bei dem Landesregierung, Sozialpartner, Kammern, Bundesagentur für Arbeit und kommunale Spitzenverbände seit 1995 mit dem Ziel

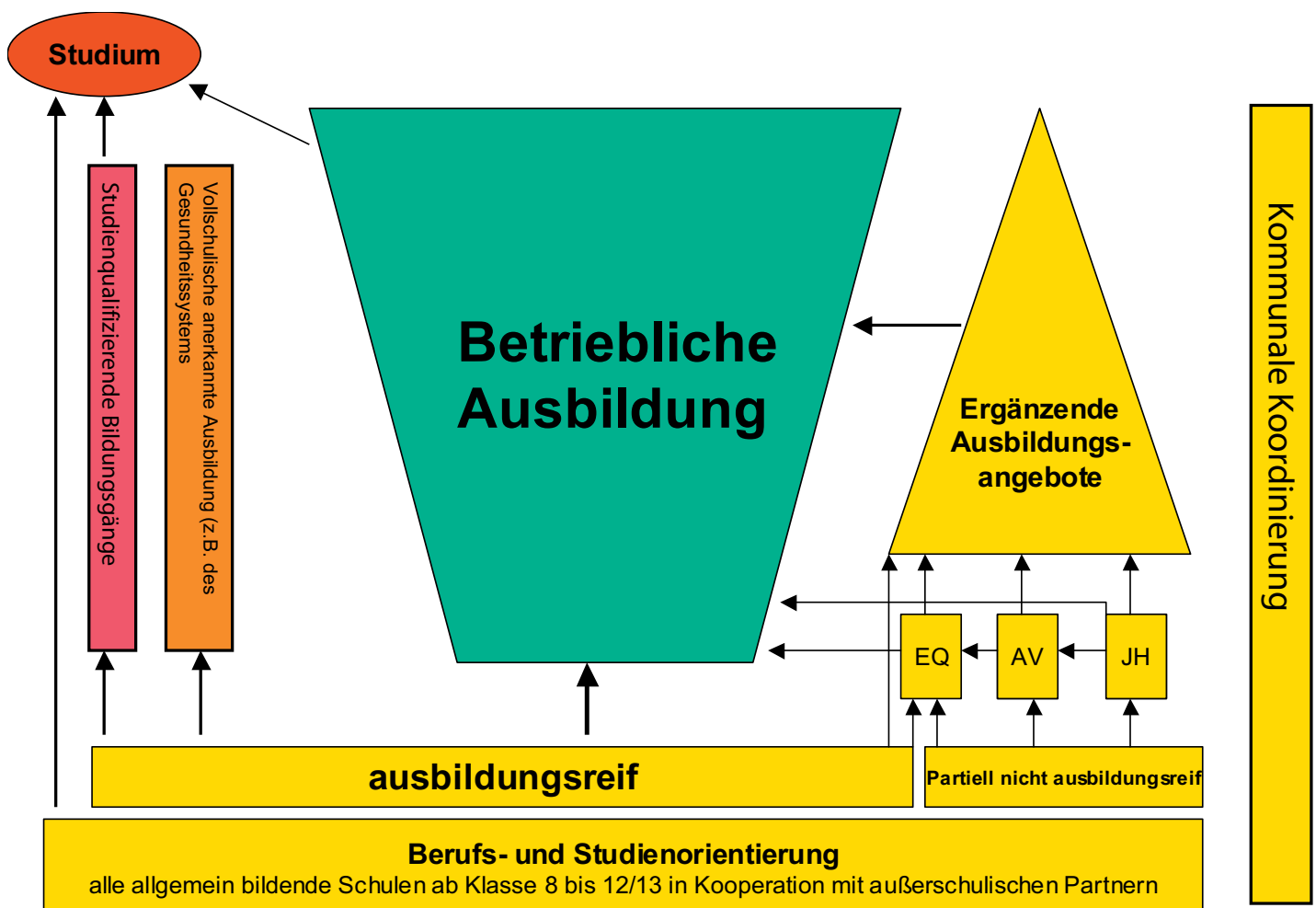
Für alle ausbildungsreifen und -willigen jungen Menschen bedeutet das konkret, dass sie ein direkt anschließendes betriebliches, außerbetriebliches oder vollzeitschulisches Ausbildungsangebot erhalten. Da man auch bei guter Konjunktur nicht davon ausgehen kann, für alle ausbildungsreifen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu finden, soll der Übergang durch eine Änderung der Bildungsangebote und von Curricula im Berufskolleg zum 1. August 2013 unterstützt werden. Das betrifft vor allem die Ausbildungsvorbereitung und die vollzeitschulische Ausbildung.

Auch nicht ausbildungsreife Jugendliche sollen am Ende der Schule nicht ohne Anschlussoption dastehen. Für diese Zielgruppe

soll dann ein „Übergangsangebot zur Erlangung der Ausbildungsreife mit ausgewiesenen Anschlussoptionen“ offeriert werden. Damit das möglichst passgenau geschieht, hat man die Zielgruppe in drei Kategorien eingeteilt und anschlussfähige Angebote auf die unterschiedlichen Bedarfe der Jugendlichen ausgerichtet. Nachfrage und Angebot von Maßnahmen sollen abgeglichen werden.

Die erste Priorität soll immer der Übergang in eine duale Ausbildung sein, sei es direkt, sei es nach einem Übergangsangebot oder sei es durch sogenannte „Klebeeffekte“ im Rahmen von Betriebspraktika. Es ist und bleibt die klare Zielrichtung, die duale Ausbildung zu stärken.“

Struktur des neuen Übergangssystems Schule-Beruf (Quelle: MAIS NRW 2011)



Im Kontext des neu zu schaffenden Übergangssystems sollen die Kommunen die Aufgabe der „kommunalen Koordinierung“ der unterschiedlichen Beteiligten und der häufig unübersichtlichen Förderprogramme übernehmen. Der zuständige Staatssekretär des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAIS) hat den Beschluss des Ausbildungskonsens' NRW Ende vergangenen Jahres in einem Schreiben an die Oberbürgermeister und Oberbürgermeisterinnen sowie die Landräte und Landrätinnen übermittelt und um Beteiligung an dem neuen Übergangssystem geworben. Dem Schreiben ist der Entwurf einer Vereinbarung („Absichtserklärung“) zwischen dem MAIS und den Kommunen beigelegt, in der Ziele und Ausgestaltung festgelegt werden sollen. Hierzu ist kritisch anzumerken, dass in der Vereinbarung keinerlei Aussagen zur landesseitigen personellen und finanziellen Förderung der kommunalen Koordinierung getroffen werden.

Zum Verfahren ist vorgesehen, das Konzept der kommunalen Koordinierung zunächst modellhaft in sieben sogenannten Referenzkommunen mit finanzieller bzw. personeller Unterstützung des Landes umzusetzen. Hierfür sind – vorbehaltlich der Abstimmung mit den betreffenden Kommunen – die Städte Bielefeld, Dortmund und Mülheim, die Kreise Borken, Rheinisch-Bergischer Kreis, Kreis Siegen-Wittgenstein sowie die Städte Region Aachen vorgesehen.

3 Chancen und Herausforderungen

Die im Rahmen des Ausbildungskonsens' NRW vereinbarte Schaffung eines flächendeckenden und systematischen Übergangssystems Schule-Beruf ist im Grundsatz zu unterstützen. Die Kommunen sind von der Ausgestaltung des Übergangsgeschehens von der Schule in die Berufsausbildung bzw. anschließend den Beruf unmittelbar betroffen, sowohl im positiven wie auch im negativen Sinne. Auch das Ziel, Kräfte und Ressourcen vor Ort in den Kommunen zu bündeln und zu vernetzen sowie mehr Transparenz in dem unübersichtlichen Feld von Fördermöglichkeiten und -programmen des Bundes, des Landes, der Bundesagentur und anderen Ak-

teuren herzustellen, ist zu begrüßen und ein erfolgversprechender Ansatz. Dabei müssen alle Aktivitäten darauf ausgerichtet sein, möglichst allen Jugendlichen zu einem Ausbildungsplatz und zu einem qualifizierten Berufsabschluss zu verhelfen. Vielfach unproduktive Warteschleifen sind dabei zu verhindern bzw. abzubauen. An diesem Oberziel haben sich alle Aktivitäten und Beteiligten – so auch die kommunale Koordinierung – zu orientieren.

Es darf allerdings nicht allein darum gehen, die im Bereich der Berufsbildung tätigen Akteure vor Ort zu vernetzen, d. h. gegenseitige Information und Austausch zu fördern, Programme und Maßnahmen zu verzahnen oder Kooperationen zu fördern. Darüber hinausgehend erscheint es notwendig, einen Umbau des vielfältigen und insgesamt intransparenten Systems unterschiedlicher Maßnahmen in Richtung einer Reduzierung der Maßnahmen und mehr Transparenz vorzunehmen. In bisherigen Plänen der Landesregierung ist nicht zu entnehmen, wie sich die anderen Akteure, insbesondere die Bundesagentur für Arbeit, dazu verhalten und welche Kompetenzen den Kommunen bei diesem Umbau eingeräumt werden sollen. Die in die Kommune direkt hineinwirkenden rechtlichen Zuständigkeiten von Schulgesetzgebung, SGB II und SGB III sowie die Förderpolitik der Bundesagentur sind in der Praxis von den Kommunen nicht beeinflussbar.

Des Weiteren kann die Befürchtung geäußert werden, dass es zu einer Verschiebung von Verantwortung auf die Kommunen im Bereich der Ausbildungsplatzakquise oder gar zu einer Ausbildungsgarantie kommen könnte. Hierzu ist festzustellen, dass die „Stellschraube“ zur Versorgung aller ausbildungswilligen Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen und Praktika nicht in kommunaler Hand liegt. Die Übertragung einer derartigen Aufgabe würde die Kommunen überfordern und in unangemessener Weise die Verantwortung des Landes und der Sozialpartner auf die Kommunen abwälzen. Beispielsweise hat der Städtetag Nordrhein-Westfalen daher gegenüber der Landesregierung klargestellt, dass es die Rolle der Kommunen im Rahmen der Koordinierung ist,

- Programme zusammenzuführen und Transparenz zu fördern,
- Zuständigkeiten abzugrenzen,
- Rollen der verschiedenen Beteiligten zu klären und
- Absprachen auf der regionalen Ebene zwischen den beteiligten Akteuren zu treffen.

Die Landesregierung hat zugesagt, zunächst in den sieben sog. Referenzkommunen personelle und finanzielle Ressourcen für die Aufgabe der kommunalen Koordinierung, konkret die Einrichtung entsprechender Koordinierungsstellen, zur Verfügung zu stellen (50prozentige Förderung von bis zu vier Stellen; Sachkostenpauschale von bis zu 15 000 Euro aus ESF-Mitteln; fachliche Begleitung vor Ort). Mittelfristig ist die Ausweitung des Übergangssystems Schule-Beruf auf alle kreisfreien Städte und Kreise in Nordrhein-Westfalen, gegebenenfalls auch auf große kreisangehörige Städte, vorgesehen.

An das Land richtet sich daher die Forderung, im Sinne der Konnexität ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen für die Wahrnehmung der kommunalen Aufgabe der Koordinierung zur Verfügung zu stellen.

Wichtig erscheint schließlich, dass in den Kommunen bereits praktizierte und funktionierende Kooperationsstrukturen, die teilweise in anderen Förderprojekten wie z. B. beim Bundesprogramm Regionales Übergangsmanagement (RÜM), wie beispielsweise im Kreis Wesel oder in den „Regionalen Bildungsnetzwerken“ entwickelt worden sind, nicht zwangsweise aufgegeben werden müssen. Die kommunale Koordinierung sollte vielmehr daran anknüpfen und darauf gerichtet sein, diese weiterzuentwickeln. Dies bedeutet, dass aus den örtlichen Gegebenheiten und Erfordernissen entwickelte Strukturen und Verfahren in einer gewissen Unterschiedlichkeit landesseitig akzeptiert werden.

Literatur

Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative (Hrsg.): Weinheimer Initiative 2007. Lokale Verantwortung für Bildung und Ausbildung. Eine öffentliche Erklärung, Weinheim 2007.

Autorengruppe BIBB/Bertelsmann Stiftung: Reform des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung. Aktuelle Vorschläge im Urteil von Berufsbildungsexperten und Jugendlichen, Wissenschaftliche Diskussionspapiere Heft 122, Bonn 2011.

Becker, C./Gehrke, J./Meyer, A./Schank, C.: Evaluation des Pilotprojektes „3. Weg in der Berufsausbildung in NRW“, Abschlussbericht, o. O. 2010.

Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburg: Rahmenkonzept für die Reform des Übergangssystems Schule-Beruf, Hamburg 2009.

Beicht, U.: Verbesserung der Ausbildungschancen oder sinnlose Warteschleife? Zur Bedeutung und Wirksamkeit von Bildungsgängen am Übergang Schule Berufsausbildung, BIBB-Report 11/09, Bielefeld 2009.

Bertelsmann Stiftung: Einfluss der demographischen Entwicklung auf das Übergangssystem und den Berufsausbildungsmarkt. Expertise von Prof. Dr. Dieter Euler im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2010a.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Eckpunkte der Initiative „Übergänge mit System“, Gütersloh 2010b.

Bundesministerium für Bildung und Forschung: Bildungsketten, Berlin 2010a.

Bundesministerium für Bildung und Forschung: Richtlinien für die Förderung der Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten vom 01. Juni 2010, Bonn 2010b.

Bundesregierung; Bundesagentur für Arbeit: Verwaltungsvereinbarung zum Sonderprogramm Berufseinstiegsbegleitung, Berlin/Nürnberg 2010.

Dobischat, R./Kühnlein, G.: Politische Gestaltung des kommunalen Übergangsmanagements an der Passage von der Schule in die Arbeitswelt, Dokumentation eines Expertenworkshops der Universität Duisburg-Essen (FB Bildungswissenschaften, Fachgebiet Wirtschaftspädagogik), der Sozialforschungsstelle Dortmund (sfs) an der Technischen Universität Dortmund und der Friedrich-Ebert-Stiftung (Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik), Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2009.

Eberhard, V.: Das Konzept der Ausbildungsreife – ein ungeklärtes Konstrukt im Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen. Wissenschaftliche Diskussionspapiere des Bundesinstituts für Berufsbildung, Heft 83, Bonn 2006.

Konsortium Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration, Bielefeld 2006.

Projekträger im Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. für das Programm Perspektive Berufsabschluss des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (Hrsg.): Perspektive Berufsabschluss. Ein Programm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Newsletter 1/2008, Bonn 2008.

Troltsch, K.: Regionale Entwicklung der Berufsbildung, in: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung, Bonn 2010, S. 60-64.

Impressum

Duisburger Kurzbeiträge zur Statistik und Stadtforschung

Hrsg.: Stadt Duisburg, Der Oberbürgermeister, Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik
Bismarckstraße 150-158, 47049 Duisburg, Telefon 02 03 / 283-32 74, Telefax 02 03 / 283-44 04

Internet: <http://www.stadt-duisburg.de>

e-mail: stabsstellei-03@stadt-duisburg.de

Verantwortlich: Burkhard Beyersdorff